

**Antrag: „Europameisterschaft der Werte“
Initiative: Mohammad Kahlawi**

Antrag Nr. 12-23-26
Vollversammlung vom 08.04.2024

I. Antrag:

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat mögen sich vor und während der Fußball Europa-Meisterschaft EM 2024 in Deutschland aktiv dafür einsetzen, dass bei der Behandlung des „Bootsunglücks“ vor der griechischen Küste vom Juni 2023 mit hunderten Opfern endlich menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche Standards eingehalten und ernsthafte Bemühungen unternommen werden. **Aufklärung, öffentlicher Druck und Aktionen könnten den Opfern in europäischen Gewässern Respekt zollen sowie Namen und Würde zurückgeben.**

II. Begründung:

Ganz kurz vor dem Beginn der WM in Katar 2022 machten wir uns in Europa und in Deutschland Sorgen um Arbeiterrechte im Ausland, und auf einmal waren Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen sogar in Sportstudios im TV zu Gast - was 2018 während der WM in Russland bei gleichzeitiger systematischer gezielter wiederholter Bombardierung der Krankenhäuser und Schulen in Syrien durch das Gastgeberland nicht der Fall war.

Mit Nachdruck und geführt von Teilen der Politik und der Medien wurde zum Boykott der Spiele aufgerufen. Millionen auch in München haben mitgemacht und als Beispiel auf Public Viewing verzichtet etc... Daran könnte man erkennen, wie viel die Sensibilisierung durch Politik - auch durch die kommunale - bewirken kann. Die Stadt München mit Herz ist dafür in der Lage, eine vorbildliche Rolle zu übernehmen. An dieser in dem Bereich für unsere Verhältnisse hochgehängten Latte werden wir uns messen lassen müssen, und auf die Sensibilität und das Bewusstsein von damals lieber nicht verzichten, damit dies was geschehen ist keine Modeerscheinung bleibt. Es geht schließlich um Menschenleben, Menschenrechte und Doppelmoral. Wer A sagt kann auch B sagen, vor allem nach so vielen Missständen, wiederholten Verstößen und menschenunwürdigem Umgang mit Flüchtlingen mit Todesfolge an den verschiedenen EU-Grenzen.

Bei der Europameisterschaft in Deutschland 2024, bei der München ein Austragungsort sein wird, geht es um unsere Werte und um unsere Glaubwürdigkeit. Deutschland spielt in der europäischen Asylpolitik eine Hauptrolle, und Europa und Deutschland sollten den eigenen Werten und rechtsstaatlichen Prinzipien und Anforderungen auch in der folgenden schwerwiegenden Sache treu bleiben, sie im Sinne der Opfer angehen und ihre Forderungen erfüllen, ansonsten wird zum Boykott der EM in Deutschland aufgerufen.

Das 15-stündige Kentern vom Fischkutter mit hunderten Flüchtlingen an Bord vor der griechischen Küste vom 13ten auf den 14ten Juni 2023 soll durch eine internationale, unabhängige, effektive und rechtsstaatliche Untersuchung lückenlos und mit dem Einbeziehen der überlebenden Opfer aufgeklärt werden. In den ersten 12 Stunden bestehen ungeheuerliche Vorwürfe der unterlassenen Hilfeleistung.

Hier sind folgende Punkte zu beleuchten:

- Positionen von Schiffen – Notrufe und Nachrichten von wem, an wen und um wie viel Uhr genau, zum Beispiel von der NGO Alarm Phone.
- Ignorierte Angebote von Frontex.
- Die ignorierte Feststellung, dass Rettungswesten an Bord nicht vorhanden waren. Das stand sogar durch Luftaufnahmen in den ersten 2 Stunden nach der ersten Meldung fest.
- Warum ein Rettungsboot aus Chania bei Kreta und nicht eines der sich näher befindenden Boote beauftragt wurde? Dieses hat die „Unglücksstelle“ 12 Stunden nach der ersten Meldung erreicht.

In den letzten 3 Stunden vor dem Kentern besteht der ungeheuerliche Verdacht der Mitverursachung der Katastrophe.

Hier sind folgende Punkte zu beleuchten:

- Die Vernehmungsprotokolle und die sich darin befindenden auffälligen wortgleichen Aussagen der Überlebenden, die die Küstenwache entlasten, während andere unbequeme Aussagen (z. B. über das Anbringen eines Seiles) nicht auftauchen.
- Die Isolierung der Überlebenden (behandelt wie Verbrecher*innen) und das Konfiszieren ihrer Handys, sowie die widersprüchlichen Aussagen der Küstenwache in der Hinsicht.
- Warum das zuständige Gericht bis zu 2 Monate nach dem Kentern alle beteiligten Küstenwache-Mitarbeiter*innen, aber keinen einzigen Überlebenden angehört hat?
- Die griechische Küstenwache ist für ihre Push-Backs bekannt und wurde schon einmal vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen eines Manövers im Jahr 2014 (dadurch 11 Tote) verurteilt. Bis heute wurde nicht einmal die Anzahl der Opfer ermittelt. Ihre Statements, was u. a. das Anbringen von einem Seil betrifft, sind laut Experten widersprüchlich und zweifelhaft.

Die griechische Regierung hat die Küstenwache sofort und vor einer Untersuchung von jeder Schuld freigesprochen. Bisherige Ermittlungen entsprechen rechtsstaatlichen Standards und Anforderungen überhaupt nicht. Eine wirksame und effektive Untersuchung ist von griechischen nationalen Behörden nicht zu erwarten, und bei der EU-Kommission herrscht Grabesstille trotz der Forderung des EU-Parlaments nach einer unabhängigen Untersuchung.

Das stillschweigende Übereinkommen der EU-Staaten soll aufhören, und die EU-Kommissionspräsidentin sollte ihren politischen und menschlichen Pflichten nachkommen. Dann wäre ein privater Familienurlaub bei dem griechischen Regierungschef kein Thema. Solche Vorfälle dürfen niemals ohne Konsequenzen bleiben, auch wegen der dadurch gesendeten Botschaft.

Schlusswort:

Menschenrechte sind unteilbar und dürfen nicht selektiv berücksichtigt werden. Ziel des Antrages ist es, zunächst einmal auf die o. g. unerträglichen Missstände und die voll berechtigten Forderungen aufmerksam zu machen, damit sich endlich etwas ändert. Diese Hunderte unschuldiger Opfer verdienen unseren Aufschrei genauso, wie wir es bei anderen getan haben.

III. Beschluss nach Antrag

Mit 10 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Lara Galli
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Arif Abdullah Haidary
2. Stellvertretender Vorsitzender